Antragsteller, Firma, Stempel

# Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis

**für die Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. § 29 StVO**

**Anlagen:**

☐ 1 Streckenskizze

☐ 1 Nachweis über Veranstalterhaftpflichtversicherung

**Anschrift der zuständigen Behörde**

Stadtverwaltung
Bad Langensalza
Fachbereich II
Mühlhäuser Straße 40
99947 Bad Langensalza

**Zur Durchführung von einer erlaubnispflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund beantragen wir**

| | |
|---|---|
| Name des Veranstalters | Telefon Fax |
| Vertreten durch | eMail: |
| Wohnsitz des Veranstalters | |

**die Erlaubnis gemäß § 29 Abs.2 StVO**

| | | | |
|---|---|---|---|
| a | Art und Anlass der Veranstaltung | | |
| b | Ort (Gemeinde) | c | Tag |
| d | Zeitraum (Uhrzeit von/bis) | e | Start und Ziel (Ort) |
| f | Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer | Fahrzeuge: | Personen: |
| | Festwagen: | Musikkapellen: | Pferde: |
| g | Streckenverlauf (Streckenbezeichnung) / Flächen, auf der der öffentliche Verkehrsgrund in Anspruch genommen wird / Lageplan mit Streckenplan beilegen | | |

## Erklärung:

1. **Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 18 Thüringer Straßengesetz (ThürStrG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.**
2. **Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.**
3. **Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich, diese zu erstatten.**
4. **Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.**

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers